**BÜRGERSCHAFT**

**DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG Drucksache 22/**

22. Wahlperiode **XX.2021**

**Antrag**

**der Abgeordneten Sabine Boeddinghaus, Insa Tietjen, Deniz Celik, Dr. Carola Ensslen, Olga Fritzsche, Norbert Hackbusch, Stephan Jersch, Metin Kaya, Cansu Özdemir, Dr. Stephanie Rose, David Stoop, Heike Sudmann und Mehmet Yildiz (Fraktion DIE LINKE)**

**Betr.: Beteiligung junger Menschen erst recht in Pandemiezeiten! Einbezug junger Menschen in die Entwicklung von Regelungen und Ermöglichungen.**

Seit mehr als anderthalb Jahren sind junge Menschen und nochmals mehr Jugendliche und Jungerwachsene von den Auswirkungen der SARS-CoV-Eindämmungsmaßnahmen besonders betroffen. Dazu gehören gravierende Einschränkungen in der Bewältigung der drei Kernherausforderungen während dieser eigenständigen Lebensphase Jugend – Qualifizierung, Verselbstständigung und Selbstpositionierung (vgl. 15. Kinder- und Jugendbericht, Deutscher Bundestag 2017). Zur Bewältigung heißt es: „Jugendliche und junge Erwachsene tun dies, indem sie selbst handeln, lernen, entscheiden, ausbalancieren, experimentieren usw.“ (15. Kinder- und Jugendbericht, S. 6). Dazu braucht es unumgänglich Gleichaltrigen-Kontakte resp. Peer-Begegnungen sowie Frei- und Begegnungsräume, die selbst aus- und mitgestaltet und im städtischen Raum genutzt werden können.

Während mittlerweile viele andere, insbesondere ältere Bevölkerungsgruppen geimpft sind, Grundrechte wiedererlangen, Konsum- und Freizeitinteressen nachgehen können, wird von jungen Menschen nach wie vor Solidarität einhergehend mit Verzicht auf das, was in der Jugendphase relevant und für ihre Entwicklung wesentlich ist, eingefordert. Seit den Lockerungen der sie begrenzenden Reglementierungen in Bezug auf Feiern und gemeinsamer Aktivitäten stehen Jugendliche und Jungerwachsensein in Ermangelung ausreichender Räume und Flächen im Fokus ordnungspolitischer und repressiver Maßnahmen.

Während in den vergangenen Monaten immer wieder, auch seitens des Rot-Grünen Senates, wie wir finden zu Recht, die Lage der Kinder und Jugendlichen in dieser Pandemie als äußerst besorgniserregend geschildert und beklagt wurde, hat es derselbe Senat aber sträflich versäumt, rechtzeitig und vorausschauend gemeinsam mit Akteur:innen aus der Kinder- und Jugendarbeit und jungen Menschen selbst an tragfähigen Lösungen und Konzepten zu arbeiten, die Begegnung, Feiern, Tanzen, soziale Treffpunkte und Räume für Kommunikation und Austausch ermöglichen und sicherstellen.

Gerade auch im Hinblick auf mögliche neuerliche Einschränkungen im Herbst auf Grund der Delta-Variante halten wir eine echte und nachhaltige Beteiligung der jungen Menschen für unbedingt erforderlich. Die ausschließliche Erwachsenenperspektive auf die Erfordernisse und Bedürfnisse der jungen Generation und die daraus abgeleiteten Entscheidungen widersprechen der UN-Kinderrechtskonvention und deren Postulat echter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen.

„Politik für die Jugend muss mit Jugendlichen gemacht werden und das unterstützen, was Jugendliche selbst machen. Jugendliche müssen Gehör finden, mitberaten und mitbestimmen. Vor Ort ebenso wie auf Bundesebene, bei konkreten Entscheidungen […]“ konstatierte Franziska Giffey als damalige Bundesjugendministerien in der Jugendbroschüre zum 15. Kinder- und Jugendbericht. Doch mehr denn je geraten Interessen und Bedürfnisse Jugendlicher und Jungerwachsener aus dem (politischen) Blick, Jugendliche werden nicht „gehört oder gar an Maßnahmen und Strategien beteiligt“, wie es in einer Positionierung der LAG Kinder- und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit und der LAG Familienförderung aus April 2021 heißt. Daraus resultiert eine zentrale Forderung: „Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an allen sie betreffenden Entscheidungen muss sichergestellt werden. Dazu wird die Einrichtung eines landesweiten Expert\*innen-Gremiums empfohlen, das unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sowie von Verantwortlichen aus Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und Familienförderung und wissenschaftlichen Expertinnen und Experten Empfehlungen für die Öffnung von Einrichtungen und Angeboten für die Aufarbeitung der Corona Krise ausspricht.“ Der Hamburger Landesjugendhilfeausschuss hat sich in seiner Sitzung im Juni 2021 dieser Positionierung angeschlossen.

**Die Bürgerschaft möge beschließen:**

**Der Senat wird aufgefordert,**

1. die Forderung der LAG Jugendsozialarbeit/Kinder- und Jugendarbeit und der LAG Familienförderung umzusetzen und gemeinsam mit jungen Menschen – nochmals mehr mit Jugendlichen und Jungerwachsenen – sie direkt betreffende Regelungen und Ermöglichungen in Corona-Zeiten mit Blick auf die unterschiedlichen Interessen der Akteur:innengruppen und pandemische Gegebenheiten zu entwickeln.
2. den Einbezug der Perspektive Kinder, Jugendlicher und Jungerwachsener bedarfsgerecht, niedrigschwellig und wertschätzend zu gestalten, um sowohl Bedürfnisse als vor allem auch Lösungsideen zu eruieren:

* Lebensweltorientiert formulierte Problemlagenschilderungen und daraus resultierende Fragebögen können zusammen mit Expert:innen aus Theorie und Praxis der Kinder- und Jugendarbeit entwickelt werden.
* Zur Verbreitung können Ausbildungsstätten (Schule, Uni, Fachhochschulen, Berufsschulen etc.) sowie Einrichtungen und Angebote der Kinder- und Jugendarbeit genutzt werden.
* Hamburgweit können lebensweltorientiert gestaltete digitale Medien genutzt werden.

1. Rückmeldungen zu den Ergebnissen zeitnah zu veröffentlichen und die Lösungsvorschläge umzusetzen, bzw., falls das nicht möglich ist, den jungen Hamburger:innen zugewandt zu vermitteln, warum etwas nicht umgesetzt werden kann.
2. in Hamburg tätige Expert:innen der Kinder- und Jugendarbeit bei der Entwicklung von SARS-CoV-2-Eindämmungsmaßnahmen und der Partizipation junger Menschen einzubeziehen. Hierunter fallen Akteur:innen aus der Praxis und Wissenschaft, mit der Umsetzungsoption:
3. umgehend ein Koordinationsgremium durch die Sozialbehörde einzuberufen, mit dieser Option für Mitwirkende;.

* Sozialbehörde, KJLer:innen aus den sieben Bezirken, Wohlfahrtsverbände und Dachorganisationen (u.a. Diakonie Hamburg, VKJH e.V., Landesjugendring Hamburg e.V.), Wissenschaft (Lehrende aus dem Bereich Kinder- und Jugendarbeit) sowie Vertreter:innen aus der BSB.

1. benötigte Mittel aus den Beteiligungsmitteln der BAGSFI zur Verfügung zu stellen und diese Beteiligungsmittel im Bedarfsfall zu erweitern, um auch weiterhin andere Beteiligungsprojekte bedarfsgerecht zu ermöglichen und zu verstetigen.
2. der Bürgerschaft bis zum 30.09.2021 Bericht zu erstatten.